

"Nicht in die Isolierung" in Die Presse (28. November 1959)

Legende: Am 28. November 1959 kommentiert die Wiener Tageszeitung Die Presse die Debatten im Nationalrat über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und begrüßt die Entscheidung der Regierung, auf die Vereinigung Europas auf wirtschaftlicher Ebene hinzuarbeiten.

Quelle: Die Presse. 28.11.1959, n° 3432. Wien.

Urheberrecht: (c) Die Presse

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"nicht_in_die_isolierung"_in_die_presse_28_november_1959-de-fb72adab-5c2c-484c-94fb-31261e13ff18.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Nicht in die Isolierung

Von Fritz Molden

Die am Donnerstag im Nationalrat abgeführte Europadebatte war das Erfreulichste und Lebendigste, was seit langer Zeit aus dem sonst an Höhepunkten so armen Parlament gedrungen ist. Aber es war nicht nur ein parlamentarisches Gustostückerl, sondern darüber hinaus ein wichtiger Tag in der österreichischen Politik, als sich nach Monaten der Mißverständnisse, des Schweigens und der zunehmenden Besorgnisse die Regierungsparteien wie die Opposition, wenn auch mit verschiedenen Worten, so doch in gemeinsamem Grundton, zur Mitarbeit Österreichs an der werdenden Einheit Europas bekannten.

In der Regierungserklärung Bundeskanzler Raabs, die für beide große Parteien verbindlich ist, kam das positive Bekenntnis Österreichs zu „größeren europäischen Lösungen“ deutlich zum Ausdruck. Er sprach die Überzeugung aus, daß im zukünftigen Europa sowohl für die Staaten der EWG wie auch für die Mitglieder der Freihandelszone Platz sein werde, und betonte, daß die europäische Wirtschaft heute schon so weit integriert sei, daß die Verewigung von zwei nebeneinander arbeitenden Wirtschaftsblöcken gar nicht möglich sein werde. Er wies vor allem darauf hin, daß Österreich bei der wirtschaftlichen Zusammenführung Gesamteuropas eine aktive Rolle spielen müsse, und daß es die besondere Aufgabe unseres Landes sein werde, sofort nach dem Inkrafttreten des Freihandelszonenvertrages laut und unablässig die Sache der Zusammenarbeit mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu betreiben.

Ebenso bedeutsam waren aber auch die Hinweise Außenminister Kreiskys, der ausdrücklich seine volle Übereinstimmung mit der Erklärung des Bundeskanzlers betonte. Insbesondere gab er die Versicherung, daß es die Sache Österreichs sein müsse, seine Neutralität und deren Status selbst zu definieren. Der Außenminister hat sich damit eindeutig von der in der letzten Zeit mancherorts verbreiteten Auffassung distanziert, daß einzelne Signatarmächte des Staatsvertrages berechtigt sein könnten, gültige oder gar verbindliche Auslegungen oder Begrenzungen der Definition der österreichischen Neutralität vorzunehmen. Im übrigen hat sich aus Außenminister Kreisky in seiner Erklärung vor dem Nationalrat keineswegs gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft an sich gewandt, sondern vielmehr darauf hingewiesen, daß seiner Auffassung nach die österreichische Wirtschaft genug Kraft besitze, um ein vollgültiges Mitglied bei der europäischen Wirtschaftsintegration zu sein. Sie werde auch fähig sein, auf diesem Weg plötzlich sich ergebende wirtschaftliche Probleme erfolgreich zu meistern.

Die Erklärungen des Kanzlers und des Außenministers können als klarer Beweis dafür aufgefaßt werden, daß sich die österreichische Bundesregierung trotz manchen Konfusionen der letzten Wochen nunmehr zu einer einheitlichen und die wirtschaftliche Integration Europas im Grundsätzlichen durchaus bejahenden Einstellung in dieser Schicksalsfrage Österreichs bekennt. Da auch der Sprecher der oppositionellen Freiheitlichen Partei, Gredler, ein deutliches und wohlfundiertes „Ja“ in dieser Grundfrage abgegeben hat, kann man die Nationalratssitzung vom Donnerstag mit gutem Grund als eine Kundgebung des ganzen österreichischen Volkes für seine Zugehörigkeit und für seine Mitarbeit am freien Europa auffassen.

Österreichs Weg soll nicht in die Isolierung führen, und sein Schicksal nicht das eines schwankenden Wanderers zwischen zwei Welten sein. Wir freuen uns über dieses Bekenntnis, das in den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen unseres Vaterlandes in den kommenden schicksalsschweren Zeiten zweifellos seinen Niederschlag finden wird. Die gesamte österreichische Öffentlichkeit wird der Bundesregierung und den Mitgliedern des Nationalrates, die am Donnerstag zum erstenmal seit langer Zeit ernsthaft den Versuch machten, wirkliche Abgeordnete des Volkes zu sein, für diese Klarstellung Dank wissen. Sie freut sich und dankt, aber sie hofft auch, daß den schönen Worten im Nationalrat auch bald Taten in dieser Gesinnung folgen mögen.